

# Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Nr. 17381.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfsg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 14. November.

## Eine dreiste Zumuthung.

Wir empfingen heute folgende Depesche:  
Wien, 14. November. (W. L.) Ein Berliner Artikel der offiziösen „Politischen Correspondenz“ erinnert die Nationalliberalen, welche nunmehr die liberalen Ideen nachdrücklicher als bisher vertreten und gleichsam die Erbschaft der Freisinnigen antreten wollen, daran, daß sie nicht zur Vertretung des Liberalismus (!), sondern zu der mit beiden conservativen Parteien gemeinsamen Unterstüzung der Regierungspolitik gewählt sind. (!!) Behufs ersprießlicher Thätigkeit müßten sie in den nächsten fünf Jahren an der Befestigung des Zusammengehens mit allen conservativen Parteien arbeiten.

Wir sind gespannt, wie die Nationalliberalen sich dieser dreisten offiziösen Zumuthung gegenüber, auf jedem liberalen Grundsatz, auf jede Selbständigkeit völlig zu verzichten und pure governemental zu werden, verhalten werden. Hoffentlich wird es an der gebührenden Zurückweisung nicht fehlen, wenn anders die national-liberale Partei die liberalen Segel nicht völlig streichen will.

## Der deutsch-englische Vertrag.

Wie die früheren mit England über colonial-politische Angelegenheiten abgeschlossenen Vereinbarungen ist auch die neueste, gegen den Sklavenhandel gerichtete in der Form eines Notenaustausches erfolgt, der die Uebereinstimmung in den Absichten der beiden Regierungen feststellt. Der in unseren heutigen Morgentelegrammen mitgetheilte Inhalt des Notenaustausches ist durch die Mittheilungen Lord Galisburys im Oberhause bereits bekannt geworden; es handelt sich um die Blokade der ostafrikanischen, unter der Souveränität des Sultans von Janjibar stehenden Küsten behufs Verhinderung der Ausfuhr von Sklaven und der Einfuhr von Waffen und Munition. Die Formulirung des Ziels der gemeinschaftlichen Action ist die bekannte. Bemerkenswerth ist nur, daß die Action direct als gegen die Sklavenhändler arabischer Nationalität gerichtet bezeichnet wird, und daß die Zustimmung des Sultans von Janjibar zu der Blokade der Küste in aller Form vorausgesetzt wird. Der lezte Vorbehalt erinnert an die Erklärung Lord Galisburys, er habe dem Vorschlag der deutschen Regierung auch deshalb zugesagt, weil auf diesem Wege die Möglichkeit geboten sei, die Unabhängigkeit des Sultans von Janjibar sicher zu stellen. Mit anderen Worten: die englische Regierung hat von der Anerkennung der Unabhängigkeit des Sultans ihre Zustimmung zu der Blokade der Küsten abhängig gemacht.

Über das Ergebniß der weiteren in den Noten vorbehalteten Verhandlungen mit den anderen Mächten, bei denen es sich um die Durchsuchung der unter ihrer Flagge fahrenden Schiffe handelt, liegt zur Zeit nur bezüglich Frankreichs die Erklärung Lord Galisburys vor. Dass auch Italien sich an der Blokade beteiligen wird, ist von Rom aus gemeldet worden. Da der Inhalt der Noten sich auf die Blokade der Küsten beschränkt, so schließt das Uebereinkommen irgend eine Action zu Lande an sich nicht aus. Es könnte ja auch neben der Blokade ein Eingreifen der Schiffsbefreiungen an einzelnen Küstenpunkten zur Sicherung der Rechte der ostafrikanischen Gesellschaft in Zukunft ebensowohl wie bisher erfolgen. Dagegen constatiren die Preßorgane der ostafrikanischen Gesellschaft, daß der Reichskanzler von einer dauernden Verwendung deutscher Land- oder Seetruppen im Interesse der Gesellschaft nichts wissen will. Soweit dieselbe also einen militärischen Schutz bedarf, wird sie für die Anschaffung eines solchen selbst Sorge tragen müssen.

Borlaufig freilich scheint es am Nötigsten, d. h. an den finanziellen Mitteln zu fehlen. Wie diesefern Ueberstände abgeholzen werden soll, darüber ist noch nichts bekannt.

Im übrigen laufen die Angaben über die Pläne der Gesellschaft fortlaufend widersprechend. Mehrere sehr colonialsfreundliche Organe, die

früher in dieser Gesellschaft alle colonialpolitische Weisheit concentrirt sahen, halten nicht zurück mit einer herben Kritik der Gesellschaft und namentlich ihrer Leiter. Dass schwere Fehler gemacht worden sind, geben neulich selbst die „Pol. Nachr.“ zu, wenn sie auch die Meldung eines anderen colonialfreundlichen Organs, der „B. Börs.-Jtg.“, wonach die Gesellschaft vor der Liquidation stände, entschieden dementierten. Auch heute wieder wenden sich die „Pol. Nachr.“ gegen eine ähnliche Meldung der „Kreuztg.“. Dieses Blatt behauptet gleichfalls, die ostafrikanische Gesellschaft werde liquidiren, um dann zum Schluss gelangen, die ostafrikanische Gesellschaft werde „einer Neubildung unterzogen werden, namentlich mit dem Hinblick auf eine andere Leistung“. Die „Pol. Nachr.“ bemerken dazu:

Aus dem Widersprud ergiebt sich die ganze Haltlosigkeit der Kreuztg., über deren Spitze nicht einen Augenblick im Unklaren sind.

Wir wissen nicht, ob die „Kreuztg.“ oder die „Pol. Nachr.“ recht haben; soviel machen aber diese widersprüchsvollen Stimmen aus dem Lager der entschiedensten Colonialfreunde klar, daß es in der ostafrikanischen Gesellschaft bedenklich kreist.

Die Frage, wer eventuell für die Gesellschaft in die Bresche treten soll, wird denn auch bereits lebhaft erörtert.

Visher hat die Gesellschaft, nachdem sie auf die Heranziehung des kleinen Kapitals verzichtet, ihre Mittel aus den Kreisen derjenigen geschöpft, welche, wie die „Nat. Jtg.“ richtig sagt, „durch großen Besitz auch große Pflichten haben und verschauend genug sind, in der Erfüllung dieser zugleich die Ausstreitung eines Saat zu erblicken“. Die neuesten Misserfolge scheinen indessen die Opferwilligkeit dieser Kreise erschöpft zu haben. Wenigstens ist jetzt mit einem Mal davon die Rede, daß nicht die Genossen des Herrn Peters, welche das aufgezehrte Kapital von 3/4 Millionen Mark aufgebracht haben, sondern — der deutsche Reichstag in die Bresche treten soll. Wie und zu welchem Zweck, wird noch nicht gesagt. Der Reichstag wird bereit sein, die Lasten, welche dem Reiche durch die Vereinbarung mit England vom 3. November betreffend die Bekämpfung des Sklavenhandels auferlegt werden, zu bewilligen. Denn diese Vereinbarung ist nicht nur im humanen Interesse, sondern zum Schutz des Handels in Ostafrika geschlossen. Darüber hinaus Geldmittel aus den Taschen der Steuerzahler zu bemühen, um in Ostafrika Handels- oder Plantagenniederlassungen zu begründen, wird hoffentlich dem Reichstage von keiner Seite zugemutet werden.

Es hat den Anschein, als werde der neueste Feldzug im Interesse der ostafrikanischen Gesellschaft nicht gegen die angeblichen Gegner der Colonialpolitik, sondern gegen den Reichskanzler und das von denselben aufgestellte Programm geführt, auf Grund dessen im Jahre 1884 der Reichstag die Eröffnung der deutschen Colonialpolitik gutgeheißen hat.

## Höherer Tabakzoll in Sicht.

Dass dem Reichstage und dem Bundesrathe die Petitionen von Tabakbauern betreffend die Erhöhung des Tabakzolls von 85 auf 120 oder 150 Mk. auch in dieser Session wieder zugehen werden, ist nicht unwahrscheinlich; aber nach dem Misserfolg, welchen diese Petitionen bisher im Reichstage gehabt haben, ist die Nachricht von einer bezüglichen Gesetzesvorlage mit Misstrauen aufzunehmen. Bekanntlich hat der Reichstag am 8. März d. beschlossen, über die in Ried stehenden Petitionen, soweit dieselben auf eine Erhöhung des Tabakzolls gerichtet sind, zur Tagesordnung überzugehen. In der Petitionscommission war der bezügliche Antrag mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen worden, nachdem der Regierungskommissar erklärt hatte, der Bundesrat habe sich über die bezüglichen Petitionen noch nicht schlußig gemacht.

## Eine dunkle „Ausklärung“.

Nach den in unserer heutigen Morgen-Ausgabe wiedergegebenen Mittheilungen des „Staatsanzeigers für Württemberg“ ist die sogenannte Ministerkrise im Sinne des Ministeriums erledigt. Obgleich erkannt wird, daß der amerikanische Thyr. v. Woodcock-Savage sich an den spirituellen Experimenten nicht betheilt hat, daß

und vollständig mit denselben gebrochen, hat sich in Florenz, in Heidelberg jahrelang ernsten historischen Studien gewidmet; nachdem in letzterer Universitätstadt die Doctorwürde errungen war, die hier begonnenen Specialstudien in verschiedenen Bibliotheken, Archiven und Stiften Frankreichs fortgesetzt und dann in der romanischen Waldeinsammlung von Fontainebleau das Geschichtswerk vollendet, welches eben im Druck erscheint.

Der Gelehrte hat einen ungemein interessanten, aber ebenso schwierigen Stoff zur Darstellung gewählt. Er schildert das mittelalterliche Frankreich unter König Philipp II. Ein hochbegabter, aber selbstsüchtiger, launenhafter, despatischer Monarch stellt sich die Aufgabe, aus Frankreich, das damals nur ein Kleinstaat war, zur Hälfte den Engländern gehörte, mit Rom in steter Fehde lag, einen mächtigen, einheitlichen Großstaat, unabhängig und imposant, zu entwickeln. Mit genialen Sinne und rücksichtsloser Energie hat der König sein Ziel verfolgt, Richard und Johann von England bekämpft und vom Festlande zu vertreiben gesucht, wider den Papst mit List und Gewalt, immer aber mit Glück gestritten, die Kreuzfahrer, die deutschen Kaiserwirren von Welfen und Hohenstaufen benutzt, um Größe, Macht, Ansehen Frank-

ferner die Minister sich über die schädliche Einflussnahme dritter Personen auf den Gang der Regierungsgeschäfte nicht zu beklagen, halten sie es doch für ihre Pflicht, der König darauf aufmerksam zu machen, daß die „Vorgänge“ (welche?) eine Unruhe in weiten Kreisen des Landes herverufen könnten, worauf Thyr. v. Woodcock und sein Begleiter sich aus der Umgebung des Königs — natürlich nicht freiwillig — zurückgezogen haben. Durch diese „Ausklärung“ wird die ganze Action, welche mit der Veröffentlichung der Enthüllungen in den „Neuesten Nachr.“ begonnen hat, nur noch dunkler. Lebzigens wird, wie uns unser Berliner △-Correspondent schreibt, auch jetzt noch in Bundesräthekreisen die Wahrscheinlichkeit eines Rücktritts des leitenden württembergischen Ministers Dr. v. Mittag lebhaft besprochen. Man würde denselben allseitig lebhaft bedauern. Herr v. Mittag gehört zu den beliebtesten und einflußreichsten Mitgliedern des Bundesrates, dessen vermittelnder Thätigkeit nicht selten der Ausgleich in recht schwierigen Fragen zu danken war.

## Jahresberichte der Berufsgenossenschaften.

Bei den parlamentarischen Berathungen ist wiederholt eine Vermehrung der Fabrikinspectoren (Gewerberäthe) verlangt und dem gegenüber bestont worden, daß auf diesem Gebiete durch die gleichartige Thätigkeit der Beaupraten der Berufsgenossenschaften eine bedeutende Mithilfe geschaffen wurde. Dieselben waren bisher auf dem Gebiete der Unfallverhütung vornehmlich thätig; nunmehr wird innerhalb der Genossenschaften geplant, künftig gemeinsame Jahresberichte der Beaupraten darüber erscheinen zu lassen als ein Gegenstück zu den Jahresberichten der Fabrikinspectoren. Für die bevorstehende Ausstellung für Unfallverhütung soll zunächst eine systematisch bearbeitete Zusammenstellung aller bisher erlaßten Unfallverhütungsvorschriften herausgegeben werden.

## Uniform-Manie.

Die Lorbeer der anderen Beamten, welche ein gütiges Geschick mit dem Recht, Uniform zu tragen, begnadet hat, scheinen einzelne Bürgermeister nicht schlafen zu lassen. Auch sie rufen in der „Deutschen Gemeindezeitung“ dringend nach Uniformirung. Es ist eine von möglichst allen Bürgermeistern zu vollziehende Petition im Werke, in welcher die Regierung gebeten werden soll, einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen und den Stadthäuptern, wenigstens soweit sie zugleich die Ortspolizei ausüben, möglichst geschmackvoll und zugleich Ehrfurcht einslösende Uniform zu verleihen. Schon werden die Detailfragen, ob Infanterie-, ob Schleppjäbel, ob Achselflücke oder Spaulettes, mit Eisern debattiert; einfallsreiche oder Schleppjäbel und die Spaulettes den Sieg davon zu tragen. Als Beweis für die Unentbehrlichkeit der Uniform führt man u. a. an, daß der Bürgermeister in Civil bei Märkten, Volksfesten etc. weder hinreichend erkannt werde, noch genügende Autorität ausüben könne; hier sei ein Erkennungszeichen erforderlich.

Das scheint, bemerkt dazu mit Recht das „B. Tagebl.“, nicht unbedingt nötig; Wenn auch der gesetzreiche Bürgermeister nicht sofort erkannt wird, der Polizeidiener pflegt bei solchen Gelegenheiten nicht fern zu sein, um jeden Widerspenstigen Mores zu lehren. Und wenn es denn für solche Gelegenheiten eines Erkennungszeichens bedarf, so lege der Geistrege, falls die Schärpe zu republikanisch erscheine, eine Amtskette um, die auch die kleinste Stadt für das Amt zu stiften wohl in der Lage ist. Es wäre aber doch wirklich traurig, wenn der Leiter der Selbstverwaltung, der erste Bürger des Orts, sich seiner bürgerlichen Kleidung begäbe um einer mehr oder minder militärischen Uniform willen! Wie es mit dieser geht, weiß man ja. Eine Gelegenheit, Gala zu tragen, findet der Polizeichef, wenn er will, alle Tage, und schließlich wird wohl von dem Bürgermeister nicht mehr viel übrig bleiben.

Wir haben in unserem deutschen Vaterlande Uniformen gerade genug und wollen doch nicht mit vollen Segeln in russische Zustände hineinsteuern. Der Erwähnte der Bürgerschaft soll und muß sich auf seinen bürgerlichen Rock, nur dann ist er ein echter und rechter Bürgermeister.

reichs und seiner Dynastie zu heben, dem groß angelegten Herrscher einen mächtigen Staat zu schaffen. Zu der Größe Frankreichs ist unter Philipp II. der eigenwillige Grund gelegt worden, und nicht zu der politischen Größe allein. Mit weitern staatsmännischen Blicke hat der König in die Zukunft geschaut. Am Ende des 12. Jahrhunderts schon behandelt derselbe praktische wirtschaftliche Fragen, versieht Paris mit Hafenbauten, Markthallen, Verkehrswegen; die künstlichen Weltstadt ist unter ihm entstanden. Dabei kämpfte er mächtige und herrschsüchtige Dämonen nieder, er wußt brach das Ansehen der Feudalbarone, befestigte die monarchische Gewalt in dem mittelalterlichen Staate.

Mit sicherer historischer Methode und künstlerischer Kraft hat der Verfasser aus einer verworrenen und vielfach bewegten Zeit einen interessanten Inhalt herausgearbeitet und diesen künstlerisch zu gestalten verstanden. Nie fört ein moderner Zug, nie eine absichtsvolle Tendenz den streng festgehaltenen mittelalterlichen Charakter der Darstellung, und in der mit besonderer Vorliebe ausgeführten Hauptgestalt des Königs giebt er ein Charakterbild, in dem Größe und Willkür, hohe und niedrige Züge sich zu einem lebensvollen Ganzen mischen. Aus egoistischen und politischen

## Der Handelsvertrag mit der Schweiz.

Wie anderweitig verlaust, soll der am Sonntag in Berlin unterzeichnete Zusatzvertrag zum deutsch-schweizerischen Handelsvertrage mit dem nunmehr vereinbarten Tarifartikeln am 1. Januar 1889 in Kraft treten. Der Handelsvertrag vom Jahre 1881 soll im wesentlichen unverändert geblieben und im Zusatzvertrag bestimmt sein, daß der selbe bis zum 1. Februar 1892 fortduere und eine Ründigung frühestens ein Jahr vorher stattfinden könne.

## Ein ungarischer Wasserstrahl nach Paris.

Die „Wiener Abendpost“ reproduziert folgendes Communiqué des, der ungarischen Regierung nahestehenden „Pester Lloyd“: Ein gewisser Theil der französischen Presse gefällt sich darin, die Politik der österreichischen und der ungarischen Monarchie als im diametralen Gegensatz befindlich darzustellen und dabei den österreichischen Ministerpräsidenten mit Lobpreisungen zu überhäufen, welche von dieser Seite kommen, demselben nur mäßiges Vergnügen bereiten dürften. Die Absicht dieser Auslassungen und deren Ursprung sind ganz durchsichtig. In Paris ist, vermöge der Gründlichkeit, mit welcher dort die politischen Beziehungen anderer Staaten beurtheilt zu werden pflegen, die Ansicht verbreitet, daß man in Berlin dem Grafen Taaffe gram sei, letzterer aber dem deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnis abhold sei; daher meint man ihm den republikanischen Zugendkranz aufzustellen der auswärtigen Politik unserer Monarchie reichen zu sollen. Die französischen Publizisten, welche es lieben, sich derartigen Gefühlsäußerungen zu überlassen, würden selber einsehen, daß ihnen die bemährte französische Gründlichkeit da einen übeln Streit gespielt hat, wenn sie nur auf die jüngste parlamentarische Geschichte der beiden Hälfte der Monarchie einen flüchtigen Rückblick werfern und sich erinnern wollten, daß die österreichische Regierung der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns nie hinderlich in den Weg getreten ist, und daß sie alle Regierungsverträge, welche als Ausflug dieser Politik vor die Legislatur gekommen, ebenso pflicht- und überzeugungstreu wie die ungarische Regierung durchgesetzt hat. Der „Pester Lloyd“ fährt dann fort:

Man hat keinen Grund anzunehmen, daß das hinsicht anders kommen werde. Dort, wo es sich um die Würde unserer Monarchie und die Wahrung ihrer Sicherheit und ihrer Interessen nach außen handelt, werden die Regierungen, wie die Völker der beiden Hälfte der Monarchie auch künftig nur eines Gusses, eines Willens sein. Es muhet einem ganz eigenhümlich an, wenn gerade von französischer Seite auf einen angeblichen Gegensatz zwischen der inneren und äußerer Politik Österreich-Ungarn hingewiesen wird. Die Franzosen pflegen damit zu prahlen, daß sie von allen Staaten der am meisten centralistisch sind. Österreich-Ungarn macht gar keine Ansprüche darauf, für einen besonders centralistischen Staat zu gelten. Haben wir doch die Centralisations-Gesetze keinerzeit hartnäckig und ausdauernd genug bekämpft! Und was sehen wir dennoch? Bei uns vereinigen sich die beiden Hälfte der Monarchie in der einstimmigen Unterstützung der äußeren Politik unserer gemeinsamen Regierung, während in Frankreich, dem Lande der strammen Centralisation, der freiheitlichen, freidenkerischen Aspirationen, wo seit einer Reihe von Jahren um die Verdrängung des geistlichen Einflusses von allen Gebieten des Staatslebens ein erbitterter Krieg geführt wird, die radikale Regierung eben daran ist, mit den Intriganten des Vaticans und dem Ultramontanismus aus Leibeskraften zu liebäugeln!

Diese Auslassungen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, werden sicherlich in Paris nicht ohne Eindruck bleiben.

## Frankreich und der Papst.

In der französischen Deputirtenkammer erklärte gestern bei der Berathung des auswärtigen Budgets der Abg. Ferronays (Rechte), er sehe in der Politik des Ministers des Äußern, Goblet, seit 6 Monaten nichts zu kritisieren. Bei der Schilderung der allgemeinen Lage betonte Goblet, man könne derselben getrost entgegensehen. Frankreich bedrohe niemanden und sei stark genug, um keine Provocation zu fürchten. Da es keine Eroberung beabsichtige, so könne es auch die Empfindlichkeit niemandes wahrnehmen. Die Regierung müsse die Würde Frankreichs vertheidigen, ohne zu vergessen, daß die Erhaltung des Friedens das höhere Interesse des Landes sei. Goblet verwirft das Amendement, wonach die Botschaft beim Vatican aufgehoben werden sollte, und erklärt:

Motiven hat Philipp August um Ingeborg, eine dänische Prinzessin geworben, die Gattin aber gleich nach der Heirath verstoßen, sie während mehrerer Jahrzehnte den härtesten Qualen ausgesetzt, alle Mittel angewendet, um beim Papst Innocenz eine Scheidung durchzusetzen; er hat Agnes v. Meran geheirathet, um andere Frauen geworben, um sich dann schließlich kurz vor seinem Tode mit Ingeborg auszuwünschen. Das Schicksal dieser königlichen Dulderin, die Grausamkeiten, welche der Gatte an ihr verübt, ziehen sich wie der rote Faden durch das Buch, dennoch aber tritt die Gestalt Ingeborgs meist in den Schatten; dem Historiker liegt offenbar weit mehr daran, ein Bild der Zeit, eine Schilderung des mittelalterlichen Frankreichs und seines Herrschers, der Kämpfe, politischen Streitigkeiten, der hervorragenden Persönlichkeiten lebensvoll, farbenreich, geschichtlich wahr und ehrlich vor dem Leser zu entrollen, und dies ist ihm vollständig gelungen. Von dem gewissenhaften Fleiß des Verfasserszeugt das eingehende Quellenstudium, das in zahlreichen Anmerkungen und Notizen niedergelegt ist.

Z. Philipp II. August von Frankreich und Ingeborg. Von Dr. Robert Davidsohn. (Stuttgart bei Cotta.)

Dr. Davidsohn ist in Danzig geboren und erzogen, er hat dann im Dienste der Tagespresse Jahre hindurch erfolgreich gewirkt, ohne in dem aufreibenden Beruf der Journalistik die höchste Befriedigung zu finden. Eine energievolle, zielbewußte Natur wie die seine hat dann schnell

So lange wir unter dem Regime des Concordats leben werden, ist es notwendig, Beziehungen zum Vatican wegen der Disciplin des Clerus und der Ernennung der Cardinale und Bischöfe zu erhalten. Die Erhaltung unseres Protectoriales in den Ländern des Orients erfordert ebenfalls, daß wir diplomatische Beziehungen mit dem Vatican unterhalten. Das Protectorial ist uns von den rivalisierenden Mächten streitig gemacht; die Freundschaft des Papstes ist uns daher wertvoll. Er würde selbst die Erziehung der Bevölkerung durch eine Gesellschaft nicht genehmigen und fügt hinzu: der Papst habe ja seine Künste für uns. Man sage jüngst, daß der Papst nur auf Frankreich zählen könne. Das will nicht sagen, daß Frankreich einztreten könnte, um die weltliche Macht des Papstes wieder herzustellen, sondern, daß je mehr der Papst aus der weltlichen Macht verdrängt sei, desto mehr Frankreich sich selbst ehren müsse, indem es nichts von seiner Achtung für die hohe Autorität, die der Papst repräsentire, schmälerkt.

Das Amendingen wurde hierauf mit 307 gegen 217 Stimmen abgelehnt und sodann das Budget für das Auswärtige ebenso wie das Budget für das Innere genehmigt.

**Der internationale Gewerkschaftscongress.**  
der in der vergangenen Woche in London tagte, hielt am Sonnabend seine Schlußsitzung, in welcher die Debatte über den Antrag, daß in Anbeiracht der Concentration des Kapitals und der relativen Schwäche der Gewerkschaften zur Gesamtheit der Arbeiter es unmöglich sei, ohne Hilfe des Staates die Arbeitszeit weiter zu verkürzen und daß in jedem Falle acht Stunden das Maximum des geschäftlich gestatteten Arbeitstages sein sollten, zu Ende geführt wurde. Bei der darauf vorgenommenen Abstimmung stimmten 11 britische Delegirte für und 31 gegen den Antrag, der schließlich aber durch eine Abstimmung nach Nationalitäten zur Annahme gelangte, indem vier Nationen für und zwei gegen den Antrag stimmten. Alsdann wurde auf Antrag des englischen Abgeordneten Burt eine Resolution genehmigt zu Gunsten der Verhinderung von Kriegen durch Schiedsgerichte. Hierauf wurde beschlossen, den nächsten internationalen Congress 1889 in Paris abzuhalten. Auf Antrag von Fr. Simson wurde eine Resolution angenommen, welche Bedauern über die Abwesenheit von Vertretern der deutschen, österreichischen und russischen Gewerkschaften von dem Congress ausdrückt und mit den Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, sympathisiert. Der Congress wurde sodann von dem Präsidenten, Mr. Shipton, mit einer kurzen Ansprache an die Delegirten geschlossen.

#### Harrisons Mehrheit.

Die Ende voriger Woche übermittelten Ziffern über die in den Vereinigten Staaten von Amerika am 6. d. M. stattgehabten Wahlen der Präsidentenwahlmänner waren, wie sich jetzt herausstellt, keineswegs die endgültigen. Nach heute vorliegenden Berichten über die wieder als endgültig betrachteten Wahlergebnisse ist die Mehrheit Harrisons noch größer, als zuerst angegeben war; sie beträgt 239 (nicht nur 233) Wahlmännerstimmen, während für Cleveland nur 162 (nicht 168) St. gewonnen wurden. West-Virginien hat sich für Garrison erklärt und dessen Mehrheit auf 77 gebracht. Als eine bemerkenswerte Erscheinung in dem stattgehabten Wahlkampfe bezeichnet es die letzte, vor dem Wahltag erschienene, heute hier eingegangene Nummer der „N.Y. Hobs.“, daß sich in allen großen Städten eine außerordentlich hohe Zahl von Stimmgebern in die Liste hat eintragen lassen. Diese Junnahme wird darauf zurückgeführt, daß eine große Anzahl von Leuten das stimmberechtigte Alter erreicht hat und daß sich ein ungewöhnlich großer Theil des eingewanderten Elements hat naturalisiert lassen. In der Stadt New York haben sich während der vier zu diesem Zwecke gesetzten Tage 286 657 Stimmgeber eintragen lassen gegen 233 436 im Jahre 1887, 235 791 im Jahre 1886, 215 898 im Jahre 1885 und gegen 240 906 im Jahre 1884, d. h. 53 221 mehr als im Vorjahr und 45 751 mehr als vor vier Jahren. Die Anzahl der Personen, welche in der Stadt New York im Laufe dieses Jahres das Bürger- und damit das Stimmrecht erlangt haben, ist ebenfalls eine ungewöhnlich große. Es sind seitens der beiden Gerichte, welche sich damit befaßten, Superior Court und Court of Common Pleas, in dem Zeitraume vom 1. Januar bis zum 27. Oktober d. J. über 20 000 Personen naturalisiert worden.

Angefangen dieser bedeutenden Junnahme der stimmberechtigten Bewohner New Yorks, welche niemand erwartet hatte, war die Befürchtung aufgetaucht, daß die Stimmrechte nicht alle würden abgegeben werden können, da es in einigen der am dichtesten bebauten Wahlbezirke an Stimmplätzen mangeln würde. Die Behörden der Stadt sind jedoch bemüht gewesen, dem Übelstande abzuholzen, um es jedem Bürger zu ermöglichen, von seinem Stimmrechte Gebrauch zu machen.

#### Deutschland.

\* Berlin, 13. Novbr. Der Kaiser hat für seinen Aufenthalt in Breslau doch noch eine Huldigung angenommen, und zwar einen Fackelzug der „königstreuen Arbeiter“. Derselbe wird, wie die „Schles. Ztg.“ meldet, unter Vorantritt des evangelischen und des katholischen Arbeitervereins ins Werk gesetzt werden, und die „königstreuen Arbeiterfreunde“ werden sich dem Juge anschließen. Einen eventuell beabsichtigten Fackelzug der Studentenschaft oder der Turnerföderation hatte der Kaiser, wie bereits mitgetheilt, abgelehnt.

△ Berlin, 13. November. Bei seiner jetzigen Anwesenheit am hiesigen Hofe hat Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha den Majestäten den neuesten Band seiner Denkmäldigkeiten überreicht. Es ist nicht unbemerkt geblieben, daß der Herzog, dem hier am Hofe als einem nahen Verwandten nach wie vor mit besonderer Herzlichkeit begegnet wird, in entgegenkommender Weise mit dem König von Sachsen verkehrt hat. Es ist darin die Bestätigung der Angaben zu erkennen, wonach eine Erhöhung der Bezeichnungen, welche früher zwischen den beiden Höfen von Coburg und Dresden bestanden, völlig ausgeglichen ist. Es mag daher auch zutreffen, daß eine Theilnahme des Herzogs an dem bevorstehenden Jubiläum des herrschenden sächsischen Königshauses zu erwarten steht.

\* [Der Cultusminister und das Griechische.] Der Cultusminister hat dem Prof. Bona-Meyer gegenüber, wie letzterer in dem Monatsblatt des überalen Schulvereins mittheilt, in Betracht der Hauptfrage der Schulreform, ob das Griechische als obligatorisch beizubehalten oder facultativ zu betreiben sein solle, bestimmt erklärt, daß er seinerseits aus pädagogischer Werthschätzung des

Griechischen sich niemals entschließen werde, das Griechische in den Gymnasien nur facultativ betreiben zu lassen, doch ihm auch zur Zulassung einzelner Experimente in dieser Richtung diese Sache zu wichtig erscheine.

\* [Herr v. Bennigsen] ist in Stade am vergangenen Sonnabend zum Reichstag wieder gewählt worden, aber die Majorität für ihn ist gegen 1887 erheblich zusammengeschwumpt. Während im Jahre 1887 Bennigsen ca. 2300 Stimmen über die absolute Mehrheit erhielt, soll jetzt die Mehrheit noch nicht tausend Stimmen betragen. Von ca. 5000 abgegebenen Stimmen hat Herr v. Bennigsen etwa 3000 erhalten. Im Jahre 1887 erhielt Bennigsen 8791 Stimmen. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt im Bezirk 21 000. Danach würden also kaum mehr 25 proc. gewählt haben.

\* [Der deutsche Gewerbeamtstag], der vor einigen Tagen in der sächsischen Stadt Plauen i. V. zusammenrat, beschäftigte sich mit einer Reihe von Fragen von allgemeinem Interesse. In Betreff der Revision des Arkenkassengesetzes, mit der der Reichstag in der bevorstehenden Session besetzt werden wird, wurden verschiedene Änderungsvorschläge zur Vereinfachung des Verwaltungsapparates und zur Erweiterung der Selbstverwaltung angenommen. Bezuglich des Gewerbebetriebes im Umherziehen erkannte man, daß allerdings allerlei Missstände vorhanden seien, hob aber gleichzeitig hervor, daß deren Beseitigung durch polizeiliche Maßnahmen nicht zu empfehlen sei. Zur Altersversorgung wurde eine Resolution angenommen, nach welcher nicht das Deckungsverfahren, sondern ein aus diesem und dem Umlagesystem kombiniertes Verfahren zur Anwendung kommen soll. Eine längere Besprechung rief das Innungswesen und die Frage des Befähigungs nachweises hervor, welcher von der Versammlung vorverworfen wurde mit der Begründung:

1) daß der Schwerpunkt der gewerblichen Ausbildung in der Organisation des Lehrlings- und Gesellenwesens liegt, dem zunächst die neuen Innungen ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen haben, um später nach ihrem Erkennen eine Prüfung auf Grund des § 100 der Gewerbeordnung einzuführen;

2) daß eine längere Zeit erforderlich ist, um die durch Einführung des Innungsgesetzes und bisher getroffenen Abänderungen der Gewerbeordnung nun veränderte Lage des Gewerbebestandes zu einer ruhigen und gedeihlichen Entwicklung und Verwertung der neuen Bestimmungen gelangen zu lassen;

3) daß der geplante Befähigungs nachweis bei dem heutigen Stande der Industrie, bei dem Ineinander greifen der verschiedenen Gewerbe, bei dem Mangel einer scharfen Grenzlinie zwischen Fabrik und Handwerk eine Menge Kompetenzstreitigkeiten und Bestätigungen hervorrufen würde.

Schließlich erklärte sich der Gewerbeamtstag gegen die Beschlüsse der Reichstagscommission, betreffend die Einführung einer Brotdate.

\* [Lehrerpetition.] Nach einem Beschlusse der Delegiertenkonferenz, der Vereine der Lehrer an den preußischen höheren Lehranstalten wird den beiden Häusern des Landtags eine Petition überbracht werden, welche die Gleichstellung der akademisch gebildeten Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten mit den Richtern, wenn nötig mit Staatshilfe, zunächst in den Pensions- und Rentenverhältnissen erüben soll. Da die Pensions- und Rentenverhältnisse der übrigen Beamtenkategorien und der Lehrer an den staatlichen Anstalten geordnet sind, so ist es eine Anomalie, wenn die Lehrer an den städtischen Unterrichtsanstalten noch länger von den Vortheilen des Gesetzes ausgeschlossen bleiben, obwohl im übrigen stets ihr Charakter als Staatsbeamte bejont wird. In früheren Jahren sind finanzielle Bedenken geltend gemacht; bei den jetzigen Überflüssen kann die Staatsregierung nicht darauf zurückkommen.

\* [Die „Arbeiterzeitung“], welche seit dem 1. Oktober in Berlin erscheint und hauptsächlich von nationalliberalen (auch einzelnen conservativen) Parlamentariern unterstützt wird, hatte sich bisher keines Erfolges zu erfreuen. Die „Pos. Ztg.“ erfährt, daß das Blatt wahrscheinlich in seiner bisherigen Gestalt nicht lange weiter erscheinen wird. Man meint, daß ein Blatt für den Arbeiter vor allem lokale Angelegenheiten besprechen müsse, um ihn zu interessieren. Daraus würde folgen, daß lokale Arbeiterblätter zu gründen wären, zu denen aber wahrscheinlich kaum das Kapital hergegeben werden wird. Und selbst dann wäre der Erfolg noch sehr abzuwarten. Im übrigen möge man nicht glauben, daß die Masse der Arbeiter ausschließlich oder auch nur vorwiegend sozialistische Blätter läse. In Berlin z. B. werden zweifellos einzelne freisinnige Blätter, freilich die am meisten links stehenden, wie die „Berliner Ztg.“ und die „Dörfel-Ztg.“, von den Arbeitern mehr gehalten und gelesen als die beiden sozialistischen Organe, die hier erscheinen und sich unter dem Zweige des Ausnahmegesetzes eine Zurückhaltung auflegen müssen, welche sie geradezu langweilig macht. Von diesen beiden Organen erfordert das eine, ein Wochenblatt, offenbar bedeutende Zusätze.

\* [Partei-Verhandlung.] Der in Apolda verstorben Kaufmann George Zapp, Sohn des ehemaligen Gießener Stadtraths Zapp, hat der „N. St. Ztg.“ zufolge 10 000 Mark der Gießener städtischen Armenkasse, eben so viel der Apoldaer Armenkasse und 10 000 Mk. dem Central-Vorstande der freisinnigen Partei lebenslänglich überwiesen.

\* [Deutschlands größte Städte.] Nach den allerneuesten Nachrichten ordnen sich die mehr als 80 000 Einwohnerzählenden Städte des deutschen Reichs gegenwärtig nach ihrer Einwohnerzahl wie folgt: 1) Berlin 1415000 E., 2) Hamburg 498600 E., 3) Breslau 313500 E., 4) München 278500 E., 5) Dresden 259200 E., 6) Leipzig 181400 E., 7) Magdeburg (mit Vororten) 171100 E., 8) Röln 170000 E., 9) Frankfurt am Main 163700 E., 10) Königsberg 156500 E., 11) Hannover 148600 E., 12) Düsseldorf 125400 E., 13) Nürnberg 122800 E., 14) Bremen 121500 E., 15) Chemnitz 119000 E., 16) Danzig 118000 E., 17) Stuttgart 117900 E., 18) Straßburg 115900 E., 19) Elberfeld 113200 E., 20) Altona 111800 E., 21) Barmen 106800 E., 22) Gießen 103600 E., 23) Aachen 101000 E., 24) Crefeld 98700 E., 25) Braunschweig 90500 E., 26) Halle 87500 E., 27) Dortmund 84600 E.

Kiel, 13. Novbr. Prinz Heinrich ist heute Morgen in Begleitung des Viceadmirals Blane und seines persönlichen Gefolges auf dem Panzerschiff „Kaiser“ nach Kopenhagen abgereist.

\* [Aus Leipzig erhält die nationalliberalen „Elberfelder Ztg.“ folgendes bemerkenswerte Schreiben: Die Nachricht von dem angeblichen Rücktritte des Präsidenten des Reichsgerichts Herr. v. Simson ist alsbald dementiert worden mit dem Hinzufügen, daß für Herrn v. Simson keine Veranlassung

zum Rücktritte vorliege. Das letztere ist richtig; selbsts aber für die gedrückten Gefühle, mit welchen die Mitglieder des höchsten Gerichtshofes an die Grundsteinlegungsfeier zurückkehren, klingt die in die Presse gelangte Nachricht, daß bei dem Cercle im Gewandhaus

„dem Kaiser sämtliche anwesenden Reichsgerichtsräthe vorgestellt worden seien und daß der Kaiser sich mit den meisten derselben, und in erster Reihe mit Herrn v. Simson in der liebenswürdigsten Weise unterhalten habe.“

Der Kaiser hat allerdings bei dem Empfang am Bahnhofe dem Präsidenten Herrn v. Simson freundlich die Hand gedrückt und sich nach seinem Besinden erkundigt (Herr v. Simson war in der letzten Zeit sehr leidend), weder bei der Feierlichkeit dagegen, noch bei dem darauf folgenden Frühstück hat der Kaiser, wie Augenzeugen versichern, irgend ein Mitglied des Gerichts angeendet, während er sich mit Herrn Tessendorff sehr lange unterhielt. Nur würde man nach der in ruhig denkenden Kreisen bestehenden Meinung entschieden falsch urtheilen, wenn man dieses Verhalten auf Absicht zurückführen wollte. Es liegt offenbar ein Missverständnis vor. Der Kaiser hat sich bei der ganzen Feier mit vollendetem Bundesstreue als Gast des Königs von Sachsen angesehen und mit der größten Liebenswürdigkeit alles über sich ergehen lassen, was ihm das kgl. sächsische Oberhofmarschallamt zumuthete. So hat er sich mit sämtlichen sächsischen Lokalbehörden unterhalten, was freilich für die erwartungsvoll herumstehenden Reichsgerichtsmitglieder doppelt erhebend war. Für den Präsidenten des Reichsgerichts aber war es eine sonderbare Zumuthung, sich am Ende des Gerichts und bei einer demselben geltenden Feier bei dem deutschen Kaiser durch den sächsischen Oberhofmarschall zur Vorstellung anmelden zu lassen. Das kommt davon, daß das Reichsgericht nicht in dem führenden Bundesstaate liegt.

Aus Sachsen, 12. Novbr., wird der „Voss. Z.“ geschrieben: Gegen das immer üppiger emporkommende anonyme Denunciantenthum richtet sich eine Bekanntmachung, welche der Stadtrath zu Glauchau als Polizei-Behörde wie folgt erläutert:

„In Folge der neuerdings sich wiederum mehrenden anonymen Anzeigen sieht sich der Unterzeichnete mit Rücksicht darauf, daß die auf berartige Anzeigen angestellten Erörterungen in den weitaus meisten Fällen die Unmehrheit oder wenigstens die außerordentliche Überreibung des Inhalts derselben ergeben und demzufolge zu einem Resultat nicht geführt haben, zu der Erklärung veranlaßt, daß anonyme Zuschriften in Zukunft überhaupt Beachtung nicht mehr geschenkt werden wird. Glauchau, am 2. November 1888. Der Stadtrath Meissner.“

#### Frankreich.

Paris, 13. Novbr. Die heute zur Prüfung des provisorischen Handelsgesetzmusters mit Griechenland gewählte Commission besteht fast durchweg aus Gegnern der Vorlage. (W. T.)

#### Australien.

□ Warschau, 12. November. Bekanntlich haben sich die bisherigen Warschauer Getreidemagazine infolge des stetig wachsenden Getreidehandels an diesem Platze und in Westrußland schon längst als unzureichend erwiesen. Aus diesem Grunde sind schon wiederholt der Regierung zu Petersburg seitens der Warschauer und polnischen Interessenten-Kreise Projekte beauftragt, umfassender Getreidespeicher nach amerikanischer Art unterbreitet worden. Indessen konnte keiner der eingereichten Pläne die Billigung der Regierung finden. Jetzt endlich hat folgendes Project die behördliche Zustimmung in Petersburg erlangt. Darnach werden nämlich die neuen großen Getreidespeicher in der Vorstadt Praga am sogenannten Kreuzvorwerk (Folwerk Sto Krzyzki) angelegt und durch eigene Schienenstränge zunächst mit der Warschau-Wiener Eisenbahn verbunden. Das betreffende Terrain gehört augenblicklich einem katholischen Hospital, das sich zur Abtreitung bereit erklärt hat. Die specielle Ausarbeitung des Bauprojectes ist bereits der technischen Abteilung des Magistrats der Stadt Warschau übertragen worden.

#### Amerika.

New York, 11. Novbr. In Jacksonville kamen gestern 20 neue Erkrankungen und 6 Todesfälle am gelben Fieber vor. Seit dem Ausbruch der Seuche sind an derselben 4426 Personen erkrankt und 379 gestorben.

Am 15. Novbr.; Danzig, 14. Nov. M.-A. b. Tage, S.-A. 723, u. 4.1. M.-U. 327. Wetterausichten für Donnerstag, 15. Novbr., auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wolkig bei wenig veränderter Temperatur ohne erhebliche Niederschläge, zum Theil bedeckt und trüb, auch vielfach heiter oder halbbedeckt; schwache bis mäßige und lebhafte Winde, in den Küstengebieten bis stark und sturmisch. Vielerwärts Frost am Abend und Nachts.

\* [Rathausuhr.] Die schwierigen Zimmer- und Maurerarbeiten an dem Rathausuhr sind jetzt für diesen Winter beendet und unter der umsichtigen Leitung des Herrn Zimmermeisters Unterlauf ohne jeglichen Unfall bewirkt worden. Es wird nunmehr die Uhr und das Glockenspiel durch die Herren Uhrmacher Preuß und Schlossermeister Friedland wieder in Gang gebracht, doch wird hierzu ein größerer Zeitaufwand erforderlich, als man bisher annahm. Wir werden daher voraussichtlich erst am Sonntag zum ersten Male wieder das lang vermisste Glockenspiel hören.

\* [Bestätigung des Herrn Fuh.] Wie wir nunmehr aus zuverlässiger Quelle vernehmen, hat die Wahl des Herrn Landesrath Fuh in Danzig zum Oberbürgermeister der Stadt Kiel durch Cabinets-Ordre vom 9. November die Königliche Bestätigung erhalten.

\* [Gemälde-Ausstellung.] Der hiesige Kunstmuseum wird nach Vereinbarung mit den übrigen Vereinen des ostdeutschen Verbandes in diesem Winter hier wieder eine Gemälde-Ausstellung veranstalten, als deren Eröffnungstermin der 27. Januar in Aussicht genommen ist.

\* [Von der Weichsel.] Bei dem ziemlich scharfen Frost der leichtverlöschenden Nacht ist oberhalb Neufähr die Eisdecke der Weichsel zum Stehen gekommen. Nur die Mündung bei Neufähr und eine von hier aufwärts bis Bohnsack sich erstreckende Stromrinne ist noch offen, doch setzt sich gegen die Mündung immer mehr Treibis an, wodurch das Schließen der Eisdecke beschleunigt wird. Dampfer und sonstige Fahrzeuge haben ihren Verkehr über die Plehnendorfer Schleuse hinaus eingestellt. Die Schleuse selbst war heute früh durch Eisanschwemmungen blockiert, doch konnten leichtere bald befreit und die Schleusenhore für beschränkten Verkehr noch ge-

öffnet werden. Oberhalb Plehnendorf sind 5 Schlepp- und Tourdampfer eingefroren, die sich mit ihren eigenen Maschinen frei zu arbeiten suchen, um die Schleuse zu gewinnen. Bei Bohnsack waren zwei Holzstrassen durch Eis eingeklossen und sollten gestern Abend durch Schleppdampfer befreit werden. Die eine der beiden Straßen wurde auch durch zwei Dampfer bis Neufähr gebracht, sie riß hier aber auseinander und es wurde ein Theil derselben, aus 10 Tafeln bestehend, Nachts durch die Strömung auf die See hinausgetrieben, wo die Bergung jetzt versucht wird. Die andere Straße ist bei Bohnsack eingefroren. — Heutiger Wasserstand bei Plehnendorf am Oberpegel 3,24 Meter, am Unterpegel 3,32 Meter. Das Wasser ist also bedeutend gesunken.

Aus Plehnendorf wird uns ferner gemeldet: Die Elbinger Weichsel hat schon eine Passage für Fußgänger über die Eisdecke. Unser Arm der Weichsel trieb seit gestern Morgen in seiner ganzen Breite stark mit Grundeis und die Buchten und Winkel sind bereits vollgesetzt. Die Eisbrecher waren mit dem Bergen von Prähen beschäftigt. Auch andere Fahrzeuge suchten mit Hilfe von Dampfern geschützte Stellen für das Winterlager zu gewinnen. Wie eine hier eingeläufene Meldung verkündet, befinden sich noch zahlreiche Steinfahrzeuge unterwegs. Nicht nur die Schiffahrt hat durch den so frühzeitig eintretenden Frost eine schnelle unliebsame Unterbrechung gefunden, sondern auch die Bauten haben eingestellt werden müssen, wenngleichs kann von einer Legung von Bühnen und dergl. Uferbefestigungen nicht mehr die Rede sein. Dies ist um so mehr zu bedauern, da noch fast an keiner Stelle die im Frühjahr zerstörten Werke, trockener Arbeit während des Sommers, wieder hergestellt sind.

\* [Berechnung.] Der Premier-Lieutenant Bertog, bisher Directions-Assistent bei den technischen Instituten der Artillerie, ist an die Artillerie-Werkstatt in Danzig versetzt worden.

\* [Beschäftigung jugendlicher Arbeiter.] Die Bestimmungen der Gewerbeordnung gegen die Beschäftigung der Kinder in Fabriken beziehen sich nach einem Urteil des Reichsgerichts vom 18. September d. J. nur auf die Kinderarbeit innerhalb eines Fabrik-Etablissements, nicht aber auf die ausschließlich außerhalb des Fabrik-Etablissements stattfindende Beschäftigung jugendlicher Arbeiter oder Kinder. Die Beschäftigung von Kindern in einer Wohnung, woselbst der Gewerbebetrieb nicht fabrikmäßig geschieht, ist durch die Gewerbeordnung nicht beschränkt.

bleiben, die beim Eintritt des Bedarfs durch eine Anleihe zu beschaffen sind.

Flawow, 12. Novbr. Folgender Unglücksfall hat sich in Lubia, einem Dorfe hiesigen Kreises, zugetragen. Zwei Fischer begaben sich auf einen der dortigen Gees, um zu fischen. Zu ihnen gesellten sich zwei Personen, welche scheinlich das Fischerboot bestiegen, um damit nach der gegenüber liegenden Seite des Gees zu gelangen. Das Boot schäfte unterwegs in Folge des durch ziemlich heftigen Wind erregten Gees Wasser und kenterte, wobei alle 4 Personen ins Wasser fielen. Da an dem Ufer, wohin man steuerte, das Unglück vom dem 13-jährigen Sohne eines Fischers bemerkt worden war, bestieg derselbe ein Boot und bewirte mit der Rettung dreier Personen. Nur sein eigener Vater, welchen die Kräfte verlassen hatten, fiel dem erregten Element zum Opfer.

\* Der Rechtsanwalt v. Hulewitz in Thorn ist zum Notar daselbst ernannt und dem Privatdozenten in der medizinischen Fakultät der Königsberger Universität, Director der städtischen Krankenanstalt, Dr. Melschede, ist das Prädikat Professor verliehen worden.

Dr. Krone, 13. November. In der Nacht zum Sonntag sind hier zwei Bedienste im Hotel de Rome, der Kellnerlehring Abel und der Hausdiener Ulrich, an Kohlenkunst erstickt.

Thorn, 13. November. Heute fand die Wahl der Stadtverordneten der dritten Abtheilung statt. Von 1004 stimmberechtigten Wählern übten über 300, also ca. 30 Proc. ihr Wahlrecht aus. Es wurden die bisherigen Mitglieder gewählt. Auch die Lehrer hatten einen eigenen Kandidaten aufgestellt, der einige 80 Stimmen erhielt. — Das Eistreiben auf der Weichsel ist so stark geworden, daß heute der Personendampfertraject eingestellt werden mußte. Zwischen den beiden Bahnhöfen verkehren nun die Pendelzüge. Vor der Eisenbahnbrücke und vor dem Zollhaufe hat sich das Eis in halber Strombreite zusammengeschoben. Nach hier eingetroffenen Nachrichten sind in Polen viele Holzfrachten vom Gießgange überrascht worden und liegen zum Theil mitten im Weichselstrom ohne jeden Schutz.

Nakel, 13. Novbr. Der plötzlich eingetretene Frost hat dem bisher sehr lebhaften Verkehr auf dem Kanal und der Nehe ein schnelles Ende bereitet. Eine Anzahl Oberkahne wird unter diesen Umständen wohl hier unten intern müssen. — Der Schulamtskandidat Koch vom königl. Gymnasium zu Bromberg ist als Hilfsschreiber an das hiesige Gymnasium und der Postsekretär Kennhacker von hier zum 1. Dezember als Vorsteher des Bahnpostamts nach Schneidemühl versetzt worden.

### Vermischte Nachrichten.

Berlin, 13. November. [Unterschlagung städtischer Gelber.] Das Schwurgericht verurteilte gestern den Magistrats-Buchhalter Bruno Krüger wegen fortgelebter Unterschlagungen und Buchfälschungen zu vier Jahren Gefängnis und Verlust der. A., der erst 36 Jahre alt ist, war Vorsteher der Buchhalterei, zu der die Passengergeschäfte der Gas-, Wasser- und Kanalsationsanlagen gehörten, und hat hier von 1882 bis 1888 im ganzen 52 300 Mk. unterschlagen.

\* [Zum Postdienststaat.] Wie die „Volkszeit.“ zuverlässig erfährt, sind sämtliche geraubten Werthe auch jetzt noch immer nicht zur Stelle geschafft. Die in Frage kommende Summe ist anscheinend überhaupt größer gewesen, als bisher verlautete. Tagtäglich laufen von auswärts noch immer neue Verlustanzeige bei der Hauptpost ein, welche zu weiteren Ermittlungen Anlaß geben. Was das verschwundenebare Geld anlangt, so beträgt es mehrere tausend Mark, welche die Spitzbuben theilweise zum Ankauf von Reisequellen verwandt haben. Es wird aber Sache der Untersuchung sein, festzustellen, ob sie nicht einen Theil dieses Gelbes auch etwaigen „Hintermännern“ so zu jagen als „Verbrecher-Honorar“ geahnt haben. Die beiden Angeklagten sind ihrem ganzen Wege nach zw. abgebrühte Gauner, welche ihre Festnahme nicht im mindesten tragisch nehmen. Einem gewissen Lokalpolitismus nachgebend, wollen sie sich gerade darüber freuen, daß bei der Sache wenigstens für die Berliner Polizei etwas abgesessen ist. Auf die Hamburger Behörde, welche die beiden Verbrecher wohl nicht mit Glacehandschuhen angefaßt hat, sind sie nicht wenig erbost.

\* [Ein Skandalprozel] ist vor einigen Tagen vor dem Strafgericht in Charlottenburg verhandelt worden. Der Schriftsteller Karl Bleibtreu, der Stimmführer jener sonderbaren Literaten, die man das „jüngste Deutschland“ zu nennen pflegt, hat einen angeblichen Roman unter dem Titel „Grönwahn“ geschrieben, in welchem er diese Eigenschaft einem Schriftsteller belegt, der, wie man auch über seine einzelnen Leistungen denken möge, jedenfalls Herrn Bleibtreu unvergleichlich überlegen ist. Otto v. Leitner ist ein ebenso talentvoller, wie lebhafter und selbständiger Schriftsteller und Herausgeber der „Roman-Zeitung“. Er hat einige Schriften Bleibtreus öffentlich beurtheilt, indem er Licht und Schatten gerecht zu vertheilen sucht. Aber Herrn Bleibtreu war dieser Schatten unerträglich. Er bemühte sich in einigen Briefen, Leitner zur Aenderung seines Urtheils zu bewegen, und als er auf Widerstand stieß, da schrieb er jenen Roman, in welchem er seinen angeblichen Gegner in einer Weise behandelte, für welche es keinerlei Entschuldigung giebt. Dass ein Schriftsteller die Ansicht eines anderen Schriftstellers öffentlich bekämpft, wird nirgends Anstoß erregen. Aber wenn der Kritiker in dem Roman mit jener Porträtmählichkeit dargestellt wird, welche ihn für jeden Kenner der Beziehungen so markiert, als wäre er mit seinem wahren Namen genannt, wenn zudem der Name Otto v. Leitner nur in das durchsichtige Pseudonym Ottokar v. Feigeler verwandelt wird, und wenn dann diesem Leitner alias Feigeler die gemeinen Missethaten, die unwürdigsten Gefinnungen und gerade Verbrechen nachgesagt, wenn die rohesten und schamlossten Angriffe gegen die Ehre der wehrlosen Frau dieses Schriftstellers erhoben werden, dann kann man nicht mehr von einem Kunstwerke, sondern nur noch von einem verleumderischen Pamphlete sprechen, welches den Schriftstellerstand schändet. Das war auch ausdrücklich das Urtheil des Gerichtshofes, welcher gegen Herrn Bleibtreu auf einen Monat Gefängnis erkannte.

\* [Die Diebstähle auf den italienischen Eisenbahnen.] Durch die vielen auf den italienischen Eisenbahnen an den Rossen der Reisenden vorgekommenen Diebstähle sind, nach dem „Hamb. Corr.“, die leitenden Eisenbahnbehörden endlich bewogen worden, die Hilfe der Polizei anzuwerben, welche letztere die Fahrbeamten an einem Tage in verschiedenen Orten sorgfältig untersuchen ließ. Dabei wurden auf der Linie Treviso-Cafasso und auf der Linie Venezia-Mailand bei den Zugführern Bunde von Schlüsseln gefunden, welche unter dem Namen „Grimballi“ bekannt und Diebstswerze sind. Die beiden Beamten wurden verhaftet. Die „Gazzetta di Treviso“ behauptet, daß die niederen Bahnbeamten eine förmliche Gesellschaft gebildet hätten, welche das Spitzbubenhandwerk systematisch betriebe.

\* [Zu dem neuen Frauemord in London] wird dem „V. Tagebl.“ aus London geschrieben: Man erwartet keinen Erfolg von der Ankündigung des Ministers des Innern, daß einem das menschliche Schauspiel ausliefernder Comptoir Straflosigkeit zu Theil werden solle. Wahrscheinlich ist ein solcher Genosse gar nicht vorhanden. Angesichts des Unstandes, daß im Londoner Publikum dem Minister ein Vorwurf gemacht wird, weil er keine Belohnung für die Ausforchung des Mörders aussetzen will, ist zu erwähnen, daß ja schon aus der Mitte des Publikums für diesen Zweck nicht weniger als 1200 Pfund Sterling beifallst worden sind. Dr. Forbes, der schon früher erwähnte Sachverständige, beruft sich darauf, daß seine vor zwei Monaten aufgestellte Theorie durch den neuesten Blutakt bestätigt werde. Man habe es mit einem pathologischen Zustande zu thun, in welchem einer oft nach längeren Zwischenräumen, in denen er sich seiner Unthaten garnicht bewußt zu sein pflege, plötzlich wieder von Nordwühf geprägt werde. Im Publikum findet die Annahme viele Anhänger, daß

der Mörder ein Malane sein müsse. Die Malanen werden als gute Seeleute an Bord englischer Schiffe oft angeliefert und haben einen bösen Ruf wegen ihrer Rachefüll. Ebenso ist es eine Thattheit, daß dieser oder jener von ihnen mitunter von augenblicklicher Nordwühf erfaßt zu werden pflegt. Auf den Schiffen, welche allmächtig Fleischvorräthe vom Festlande nach London schaffen, werden Malanen als besonders behende Fleischhauer verwendet. Hiermit wird folgende, von einem jetzt von weiteren Reisen heimgekehrten Seemann gemachte Aussage in Verbindung gebracht: Vor länger als einem Jahre habe ihm im Londoner Osthafen ein Malane in großer Aufregung erzählt, daß ihm eine Bassendirne seine Ersparnisse gestohlen, und hinzugesetzt, er werde nicht rasten, bis er jeder dieses Gesindels im District den Garas gemacht habe. — Trotz allem ist von dem furchterlichen Geheimniß noch kein Siegel gelöst.

Telegramme der Danziger Zeitung.  
Kiel, 14. Novbr. (Privat - Telegramm.) Der Kreuzer „Schwalbe“ ist von Kiel nach Banjibor beordert worden.

Warschau, 14. Novbr. (Privattelegramm.) Als dieser Tage der Großfürst Alexej Nicolajewitsch auf der Eisenbahn unweit Minsk fuhr, geriet in demselben Zuge, auf folge des „Warschauer Kurzer porann“, zwischen den Stationen Byeg und Nowa die Wagen in Brand, worin sich des Großfürsten Pferd mit Heuovrath befand; auch der nächste Wagen brannte schon, als ein Bahnwärter durch Haltesignale der Katastrophe vorbeugte.

### Schiffs-Nachrichten.

C. London, 12. Nov. Der Dampfer „Umbria“, der gestern von hier abging, ist zurückgekehrt, und der Kapitän meldet, daß der Dampfer gestern Nachmittag 1 Uhr während eines Nebels mit dem französischen Dampfer „Iberia“, von Bussorah kommend, zusammenstieß, wodurch beide Schiffe beschädigt wurden. Der „Umbria“ brachte nach Nework die 30 Mitglieder der Mannschaft des „Iberia“, die nach dem Zusammenstoß aufgenommen wurden. Der „Iberia“ liegt drei Meilen vom Gefilde entfernt und kann sofort gemacht werden. Die Ladung ist nicht beschädigt. Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen. Der „Iberia“ hatte keine Passagiere an Bord.

Gt. Andrew (Schottland), 12. Nov. Die Bark „Gofia Maria“, von Gese mit Dienlen nach Fecamp, strandete am Sonnabend während eines schweren Südost-Sturmes ca. 3 Seemeilen südlich vom Cap. Das Schiff wird wahrscheinlich total verloren werden. — Die deutsche Brigg „Bolette“, von Memel nach Granton, wollte am Sonnabend Morgen in den Cap. zu Rothhafen einlaufen, trieb aber gegen die Leeküste und wurde von der Mannschaft verlassen, welche mit einem Boote in erschöpftem Zustande Budonnek Point erreichte. Kurze Zeit nachdem die Besatzung das Schiff verlassen hatte, stieß die Brigg auf eine Bank, schlug in Stücke und verschwand in wenigen Minuten.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.  
Berlin, 14. November.  
Ges. v. 18 Oct. v. 18  
Weizen, gelb 189,50 190,70 4% russ. Akt. 80 82,20 82,21  
Kno.-Deibr. 207,00 218,00 Frankf. 105,30 105,40  
Roggen 155,50 158,00 Disc.-Comm. 181,10 180,10  
April-Mai. 160,50 161,00 Deutsche Ph. 221,60 220,90  
Petroleum yr. 200 bbl. Laurahütte 128,10 125,75  
S. 25,40 25,20 Deutl. Aktien 167,20 167,25  
Rübbl. 58,70 57,90 Russl. Aktien 209,70 209,70  
April-Mai. 58,50 57,70 London kurz 209,20 209,00  
Spiritus 33,80 33,80 London lang — 20,34  
Nov.-Deibr. 35,75 35,80 Russl. 68,80 69,00  
April-Mai. 107,80 107,80 Dam. Privatbank —  
1/2 % mestrl. D. Delmuth 141,00 141,03  
Stand. 101,40 101,10 D. Priorit. 132,00 131,00  
so. II. 101,40 101,10 Mamka-G. 113,00 112,80  
so. neue 101,40 101,30 do. G. 82,20 91,20  
5% Rum. G. & R. 94,90 95,00 Ospr. Südl. 82,40 91,00  
2. Orient-Akt. 82,50 82,50 Stam. A. 128,50 125,00  
Fondsbörse: feit. 189,50 182,40 Russl. 99,50 99,40

Hamburg, 13. Novbr. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, polnischischer loco 160—170. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 170—180, russischer loco ruhig, 108—110 — Hafer ruhig. — Getreide feit. — Rübbl. 51/2% — Spiritus feit. — Käbel 1/2% — S. 100% — Zollinland 51/2% — Spiritus feit. per Novbr.-Deibr. 22 Br. per Deibr.-Januar 22/1 Br. per April-Juni 23/1 Br. per Mai-Juni 23/2 Br. — Raffee feit. Umlauf 2000 Gach. — Petroleum feit. Standard white loco 8,00 Br. 7,95 Gb. per December 7,90 Br. — Wetter: klar.

Hamburg, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Novbr. 74/1, per Dezember 74, per März 72, per Mai 72. Behauptet. Hamburg, 13. Novbr. Börsenmarkt. Rübenwöhner, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, f. o. B. Hamburg per Nov. 13,45, per Deibr. 13,42/2 per März 13,57/2, per Mai 13,70. Unregelmäßigkeiten. Gavre, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Nov. 88,50, per Dei. 88,50, per März 87,00. Behauptet. Frankfurt, 13. Novbr. Effecten-Societät (Gotha). Credit-Aktien 25/4%, Frankf. 208/4%. Lombarden 85/4%. Galizien 175/4%. Regniter 82,10. 4% ungar. Golbrente 84,10. Gothaerbank 1,5—20. Distans-Commandit 220/40. Laurahütte 124,40. 3% port. Akt. 63,80. Rubia. Wien, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Novbr. 74/1, per Dezember 74, per März 72, per Mai 72. Behauptet. Hamburg, 13. Novbr. Börsenmarkt. Rübenwöhner, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, f. o. B. Hamburg per Nov. 13,45, per Deibr. 13,42/2 per März 13,57/2, per Mai 13,70. Unregelmäßigkeiten. Gavre, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Nov. 88,50, per Dei. 88,50, per März 87,00. Behauptet. Frankfurt, 13. Novbr. Effecten-Societät (Gotha). Credit-Aktien 25/4%, Frankf. 208/4%. Lombarden 85/4%. Galizien 175/4%. Regniter 82,10. 4% ungar. Golbrente 84,10. Gothaerbank 1,5—20. Distans-Commandit 220/40. Laurahütte 124,40. 3% port. Akt. 63,80. Rubia. Wien, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Novbr. 74/1, per Dezember 74, per März 72, per Mai 72. Behauptet. Hamburg, 13. Novbr. Börsenmarkt. Rübenwöhner, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, f. o. B. Hamburg per Nov. 13,45, per Deibr. 13,42/2 per März 13,57/2, per Mai 13,70. Unregelmäßigkeiten. Gavre, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Nov. 88,50, per Dei. 88,50, per März 87,00. Behauptet. Frankfurt, 13. Novbr. Effecten-Societät (Gotha). Credit-Aktien 25/4%, Frankf. 208/4%. Lombarden 85/4%. Galizien 175/4%. Regniter 82,10. 4% ungar. Golbrente 84,10. Gothaerbank 1,5—20. Distans-Commandit 220/40. Laurahütte 124,40. 3% port. Akt. 63,80. Rubia. Wien, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Novbr. 74/1, per Dezember 74, per März 72, per Mai 72. Behauptet. Hamburg, 13. Novbr. Börsenmarkt. Rübenwöhner, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, f. o. B. Hamburg per Nov. 13,45, per Deibr. 13,42/2 per März 13,57/2, per Mai 13,70. Unregelmäßigkeiten. Gavre, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Nov. 88,50, per Dei. 88,50, per März 87,00. Behauptet. Frankfurt, 13. Novbr. Effecten-Societät (Gotha). Credit-Aktien 25/4%, Frankf. 208/4%. Lombarden 85/4%. Galizien 175/4%. Regniter 82,10. 4% ungar. Golbrente 84,10. Gothaerbank 1,5—20. Distans-Commandit 220/40. Laurahütte 124,40. 3% port. Akt. 63,80. Rubia. Wien, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Novbr. 74/1, per Dezember 74, per März 72, per Mai 72. Behauptet. Hamburg, 13. Novbr. Börsenmarkt. Rübenwöhner, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, f. o. B. Hamburg per Nov. 13,45, per Deibr. 13,42/2 per März 13,57/2, per Mai 13,70. Unregelmäßigkeiten. Gavre, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Nov. 88,50, per Dei. 88,50, per März 87,00. Behauptet. Frankfurt, 13. Novbr. Effecten-Societät (Gotha). Credit-Aktien 25/4%, Frankf. 208/4%. Lombarden 85/4%. Galizien 175/4%. Regniter 82,10. 4% ungar. Golbrente 84,10. Gothaerbank 1,5—20. Distans-Commandit 220/40. Laurahütte 124,40. 3% port. Akt. 63,80. Rubia. Wien, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Novbr. 74/1, per Dezember 74, per März 72, per Mai 72. Behauptet. Hamburg, 13. Novbr. Börsenmarkt. Rübenwöhner, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, f. o. B. Hamburg per Nov. 13,45, per Deibr. 13,42/2 per März 13,57/2, per Mai 13,70. Unregelmäßigkeiten. Gavre, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Nov. 88,50, per Dei. 88,50, per März 87,00. Behauptet. Frankfurt, 13. Novbr. Effecten-Societät (Gotha). Credit-Aktien 25/4%, Frankf. 208/4%. Lombarden 85/4%. Galizien 175/4%. Regniter 82,10. 4% ungar. Golbrente 84,10. Gothaerbank 1,5—20. Distans-Commandit 220/40. Laurahütte 124,40. 3% port. Akt. 63,80. Rubia. Wien, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Novbr. 74/1, per Dezember 74, per März 72, per Mai 72. Behauptet. Hamburg, 13. Novbr. Börsenmarkt. Rübenwöhner, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, f. o. B. Hamburg per Nov. 13,45, per Deibr. 13,42/2 per März 13,57/2, per Mai 13,70. Unregelmäßigkeiten. Gavre, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Nov. 88,50, per Dei. 88,50, per März 87,00. Behauptet. Frankfurt, 13. Novbr. Effecten-Societät (Gotha). Credit-Aktien 25/4%, Frankf. 208/4%. Lombarden 85/4%. Galizien 175/4%. Regniter 82,10. 4% ungar. Golbrente 84,10. Gothaerbank 1,5—20. Distans-Commandit 220/40. Laurahütte 124,40. 3% port. Akt. 63,80. Rubia. Wien, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Novbr. 74/1, per Dezember 74, per März 72, per Mai 72. Behauptet. Hamburg, 13. Novbr. Börsenmarkt. Rübenwöhner, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, f. o. B. Hamburg per Nov. 13,45, per Deibr. 13,42/2 per März 13,57/2, per Mai 13,70. Unregelmäßigkeiten. Gavre, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Nov. 88,50, per Dei. 88,50, per März 87,00. Behauptet. Frankfurt, 13. Novbr. Effecten-Societät (Gotha). Credit-Aktien 25/4%, Frankf. 208/4%. Lombarden 85/4%. Galizien 175/4%. Regniter 82,10. 4% ungar. Golbrente 84,10. Gothaerbank 1,5—20. Distans-Commandit 220/40. Laurahütte 124,40. 3% port. Akt. 63,80. Rubia. Wien, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Novbr. 74/1, per Dezember 74, per März 72, per Mai 72. Behauptet. Hamburg, 13. Novbr. Börsenmarkt. Rübenwöhner, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, f. o. B. Hamburg per Nov. 13,45, per Deibr. 13,42/2 per März 13,57/2, per Mai 13,70. Unregelmäßigkeiten. Gavre, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Nov. 88,50, per Dei. 88,50, per März 87,00. Behauptet. Frankfurt, 13. Novbr. Effecten-Societät (Gotha). Credit-Aktien 25/4%, Frankf. 208/4%. Lombarden 85/4%. Galizien 175/4%. Regniter 82,10. 4% ungar. Golbrente 84,10. Gothaerbank 1,5—20. Distans-Commandit 220/40. Laurahütte 124,40. 3% port. Akt. 63,80. Rubia. Wien, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Novbr. 74/1, per Dezember 74, per März 72, per Mai 72. Behauptet. Hamburg, 13. Novbr. Börsenmarkt. Rübenwöhner, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, f. o. B. Hamburg per Nov. 13,45, per Deibr. 13,42/2 per März 13,57/2, per Mai 13,70. Unregelmäßigkeiten. Gavre, 13. Novbr. Raffee good average Santos per Nov. 88,50, per Dei. 88

